

DIE ZIVILMILITÄRISCHE ZUSAMMENARBEIT IN AFGHANISTAN

- Dörfer und Bewohner vor Ort werden vor Wahl gestellt: Entweder ihr arbeitet mit dem Besatzungsmilitär zusammen oder es gibt **keine Entwicklungshilfe**.
- Das führt dazu, dass die **Entwicklungshelfer und deren lokalen MitarbeiterInnen** auch von der afghanischen Bevölkerung zunehmend **als Teil des Besatzungsregimes** angesehen werden. Denn sie kommen zusammen mit dem Militär.
- Der Dachverband der deutschen Entwicklungsorganisationen **VENRO** beklagt, dass die entwicklungspolitischen Ziele in Afghanistan klar den militärischen untergeordnet werden (*Stellungnahme zum Konzept Vernetzte Sicherheit vom 30. Juni 2010*):
- So wird beklagt, dass eine regionale Schwerpunktsetzung vorgenommen wird, die sich an dem deutschen militärischen Engagement orientiert, und nicht an entwicklungspolitischen Notwendigkeiten. Daher würden Projektvorschläge für die Provinzen, in denen das deutsche Militär „tätig“ ist, prioritär berücksichtigt, z.B. für Balkh, Baghlan, Kunduz, Takhar und Badakhshan.
- Außerdem erhebt VENRO schwerwiegende Bedenken, weil erstmals in der Geschichte der Zusammenarbeit zwischen dem Bundesentwicklungsministerium und Nichtregierungsorganisationen die Vergabe von Hilfsgeldern an politische Vorgaben geknüpft ist, die das Ziel verfolgen, die Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen in eine politische und militärische Gesamtstrategie einzubinden. Vgl. Afghanistan-Konzept der Bundesregierung: *„Das Ziel unserer Anstrengungen ist mehr Sicherheit für Deutschland durch die langfristige Stabilisierung Afghanistans....Grundlage ihres Handelns (der Bundesregierung) bleibt die bisherige Strategie der vernetzten Sicherheit bei Konzentration der Anstrengungen im Norden.“*
- Der Begriff „vernetzte Sicherheit“ meint die **enge Verzahnung von Sicherheits-, Außen- und Entwicklungspolitik**.
- Vernetzte Sicherheit bedeutet nichts anderes, als dass staatliche Entwicklungszusammenarbeit und Aufbauhilfe den militärischen Zielen untergeordnet ist. Das militärische Ziel ist in Afghanistan die Aufstandsbekämpfung. VENRO dazu: *„Für die Hilfsorganisationen bedeutet die zivil-militärischen Zusammenarbeit und Unterordnung der Entwicklungshilfe unter politisch-militärische Zielsetzungen eine **deutliche Erschwerung und Einschränkung** ihrer Arbeit. Sie schaden dem **Ansehen und der Glaubwürdigkeit** der NRO als unabhängige und unparteiliche humanitäre Akteure. Im Extremfall führt dies dazu, dass*

*Hilfsorganisationen von Teilen der Bevölkerung als **Parteigänger des Militärs** gesehen und von Aufständischen als vermeintlich legitime Angriffsziele eingestuft werden.“*

- Dies ist genau die Kritik, die auch DIE LINKE daran hat.
- Auch wenn die Bundesregierung bemüht ist den Aspekt der Konfliktvorsorge und -bewältigung in den Vordergrund zu stellen, geht es bei deren Afghanistan-Konzept vorrangig um die Durchsetzung sicherheitspolitischer Ziele. Die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen aber orientiert sich an humanitären und entwicklungspolitischen Zielen. Damit widerspricht sich beides deutlich.
- Ein weiterer Aspekt sind laut VENRO die verbindlichen Prinzipien für Nichtregierungsorganisationen und internationalen Regierungen, dass die Hilfe nicht mit politischen Intentionen verknüpft werden darf und humanitäre und militärische Bereiche klar getrennt sein müssen.
- Medico International (NRO): *„Wer Hilfe als nicht-tödliche Waffe betrachtet, richtet die Vergabe von Mitteln nicht mehr an den Bedürfnissen von Menschen aus, sondern an eigenen Sicherheitsinteressen, vielleicht noch an der Loyalität der Leute gegenüber den Streitkräften. Und so überrascht es nicht, dass in Afghanistan heute das Gros der Hilfen in jene Landesteile fließt, die strategisch von Interesse sind, während vergleichsweise ruhige Provinzen, wie das Hazarajat, wo doch eigentlich ein sicheres Umfeld für den Wiederaufbau bestünde, weniger von Hilfen profitieren.“*
- Die Bundesregierung streitet all diese Probleme ab. „Eine „Unterordnung“ von ziviler Hilfe der Bundesregierung unter militärische Vorgaben fände nicht statt.
- Im Rahmen der **zivil-militärischen Zusammenarbeit** werden in Kooperation mit der Bundeswehr sog. Aufbauprojekte durchgeführt
- Konkret operieren in Afghanistan im Rahmen dieser sog. „Aufbauarbeit“ **27** „Regionale Wiederaufbauteams“ („**Provincial Reconstruction Teams**“, PRTs)
- Diese bestehen aus **Diplomaten, Polizeiausbildern, Aufbauhelfern und Soldaten**
- Überspitzt formuliert können diese PRTs also in einer Region **morgens Nahrungsmittel verteilen, mittags die Gegend bombardieren und abends dort eine Schule aufbauen.**
- Dabei ist der **Zweck eigentlich erfreulich klar definiert**: CIMIC (zivilmilitärische Zusammenarbeit)-Definition im NATO-Dokument: Die **zivil-militärische Zusammenarbeit dient dem „support of the mission“**, also zur Unterstützung der militärischen Operation.
- In den USA kursiert bereits eine „Anleitung für Kommandeure zur **Verwendung von Entwicklungshilfe als Waffensystem**
- Im Magazin "Small Wars Journal": Artikel „**Die Integration von Spezialeinheiten und USAID in Afghanistan**“ wird beschrieben, auf welche Weise die US-Entwicklungshilfeagentur (**USAID**) dort einen **direkten Kriegsbeitrag leistet**. Sie vergibt gezielt Gelder als „**Belohnung für Gemeinden, die Aufständische hinausgeworfen haben**“ und zur „**Stärkung der örtlichen Bereitschaft und der**

Fähigkeiten, sich den Aufständischen zu widersetzen.“ Weiter gehe es für USAID darum, die „**Aufständischen von der Bevölkerung zu isolieren.**“

- Erste Versuche der zivilmilitärischen Zusammenarbeit fanden im Kontext der Balkankriege statt, in Afghanistan findet dies in einem systematischen Umfang statt.
 - Entwicklungsorganisationen beklagen seit Beginn der **zivil-militärischen Zusammenarbeit** ein erhöhtes **Gefahrenpotenzial, z. B. in der Nähe von Stützpunkten**
 - **29 in Afghanistan tätige Entwicklungsorganisationen** fordern die umgehende Beendigung dieses Modells (siehe Oxfam et al.: Nowhere to turn. The Failure to Protect Civilians in Afghanistan, 19. November 2010).
 - Die zivil-militärische Zusammenarbeit ist **kein Konzept für eine armutsbekämpfende, nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit**, sondern für eine Einbindung in sicherheitspolitische Strategien.
 - Sie führt faktisch zu einem Anstieg der **Opferzahlen**: Die Zahl getöteter Mitarbeiterinnen von Hilfsorganisationen ist seit 2009 um 47 Prozent gestiegen, während Entführungen sogar um 60 Prozent zugenommen haben; überwiegend im Norden des Landes.
 - Für Hilfsorganisationen ist Unabhängigkeit eine unverzichtbare Voraussetzung, um in gewaltsamen Konflikten Hilfe nach den humanitären Prinzipien leisten zu können.
 - **DIE LINKE** kritisiert seit Jahren das Konzept der „Vernetzten Sicherheit“ und die Ausweitung der zivilmilitärischen Zusammenarbeit und **fordert deren sofortiges Ende, die Auflösung sämtlicher Kooperationsverträge der GIZ mit der Bundeswehr und den PRTs in Afghanistan.**
-